



# *Evangelische Verantwortung*

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 11+12/2020

**Das Erbe der Reformation –  
Essay in 10 Thesen**

DDr. Erwin Schranz > 5

**Zur Gründung der CDU –  
Anfragen und Missverständnisse**

Dr. Ulrich Pohlmann und  
Benedikt Steinschulte > 8



*Menschenwürde reicht  
über den Tod hinaus*

Marion Walsmann MdEP > 3



## Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist völlig unverständlich, dass das **Amt des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit** immer noch nicht neu besetzt worden ist. Als Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU rufen wir daher die EU-Kommission und ihre Präsidentin, **Ursula von der Leyen**, dazu auf, die Neubesetzung des Amtes des EU-Sonderbeauftragten zügig zu veranlassen. Diese wichtige Arbeit ist notwendiger denn je und muss unbedingt fortgesetzt werden.

Das elementare **Grundrecht auf Religionsfreiheit** ist weltweit in erschreckendem Maße bedroht. Darauf hat jüngst auch der Zweite Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit erneut und eindeutig hingewiesen.

In einer Zeit, in der im Namen von Religion sowohl Ausgrenzungen, Abgrenzungen und Konflikte, aber auch Fundamentalismus, Fanatismus und Verfolgung wieder stark zunehmen, müssen wir als Europäer klar Position beziehen und unsere Grundwerte vertreten und verteidigen. Wir müssen deutlich machen: Gerade auch das individuelle Recht auf freie Ausübung der eigenen religiösen bzw. weltanschaulichen Überzeugungen, das fester Bestandteil der universalen Menschenrechte ist, steht für uns in Europa an zentraler Stelle und ist nicht verhandelbar. Die Religionsfreiheit gehört zum unverzichtbaren Kernbestand unserer europäischen Identität und Wertprägung und ist damit auch eine Nagelprobe für die Glaubwürdigkeit unserer Menschenrechtspolitik insgesamt.

Aktuell spüren wir im Übrigen auch in Europa selbst wieder die besondere Dringlichkeit des verstärkten Engagements für Religionsfreiheit: Ein wachsender **Antisemitismus**, die **Terroranschläge von Nizza und Wien** und die Umwandlung der **Hagia Sophia** in eine Moschee sind beispielhafte Alarmsignale für möglicherweise noch weitaus massivere interreligiöse Konflikte der nahen Zukunft. Statt interreligiöser Konflikte brauchen wir aber friedlichen und wertschätzenden interreligiösen Dialog. Denn es kann keinen Weltfrieden ohne Religionsfrieden geben (**Hans Küng**). Deshalb müssen wir hier in besonderer Weise wachsam und achtsam bleiben.

Mein Vorgänger im Amt des EAK-Bundesvorsitzenden, der ehemalige Bundeslandwirtschaftsminister **Jochen Borchert**, und die nach ihm benannte „**Borchert-Kommission**“ haben Anfang dieses Jahres bereits zahlreiche Vorschläge zum **Thema „Umbau der Nutztierhaltung“** vorgelegt. Der EAK unterstützt diese Reformvorhaben in ganz ausdrücklicher Weise. Zahlreiche **Fleisch-Skandale** der jüngsten Vergangenheit, so z.B. auch der **Tönnies-Skandal** in der Corona-Zeit, aber auch das Thema „**Küken-Schreddern**“ haben wieder neu dafür sensibilisiert, dass sich in diesem Bereich unbedingt etwas ändern muss. Auch die Frage, inwiefern wir – bei dem auch für die Landwirte und die verarbeitende Industrie immer stärker werdenden **Preisdruck**

und **Unterbietungswettbewerb** (aufgrund der Nachfrage nach immer billigerem Fleisch) das Qualitätsniveau unserer Fleischproduktion sichern sowie die sozialen, hygienischen, arbeitsrechtlichen und natürlich auch ethischen Standards aufrechterhalten können, gehören in die politische Diskussion darüber mit hinein. Zentrale **Stichworte aus schöpfungstheologischer Sicht** sind für uns hierbei auch der „**Tierschutz**“ und die „**Tierethik**“. Der **EAK-Bundesvorstand** hat zu diesem wichtigen Thema deshalb nun vor Kurzem eine **Resolution** verabschiedet, die Sie auf S. 12 und 13 dieses Heftes nachlesen können. Wir sind der festen Überzeugung: Wenn wir die Nutztierhaltung wirklich umstellen wollen, müssen wir jetzt auch konsequent die hierfür notwendigen politischen Schritte gehen.

**Ein ungewöhnliches und schweres Jahr 2020 geht für uns alle nun zu Ende. Ganz besonders herzlich möchte ich mich deshalb im Namen des gesamten Evangelischen Arbeitskreises bei allen Spenderinnen und Spendern bedanken, die uns gerade auch in diesem Jahr wieder treu und verlässlich unterstützt haben!**

**Die Corona-Pandemie hat vieles in unser aller Leben verändert und sie wird uns in Gesellschaft, Politik und Kirche – trotz der mutmachenden Aussicht auf die nun entwickelten Impfstoffe – über geraume Zeit hinweg noch so manch Schweres abverlangen. Aber nichtsdestotrotz stellen wir uns als im Herzen gewisse und fröhliche Christenmenschen auch den künftigen Herausforderungen.**

**Wir tun das in der demütig-adventlichen Gewissheit, dass die Nacht schon längst vorgedrungen und der Tag nicht mehr fern ist: „Die Nacht ist schon im Schwinden, macht euch zum Stalle auf! Ihr sollt das Heil dort finden, das aller Zeiten Lauf von Anfang an verkündet, seit eure Schuld geschah. Nun hat sich euch verbündet, den Gott selbst ausersah.“ (EG 16,3)**

**Mit diesen Worten Jochen Kleppers – in schwerster Zeit unserer deutschen Geschichte verfasst – wünsche ich Ihnen und Ihren Familien, trotz aller Herausforderungen und Prüfungen der vergangenen Monate, ein frohes, glückliches und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes und gutes Neues Jahr!**

Gottes Segen!  
Ihr

**Thomas Rachel MdB** Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



# Menschenwürde reicht über den Tod hinaus

Kritik an Ausstellung „Körperwelten“ in Greiz

Marion Walsmann MdEP

Seit Juni zeigt der Plastinator Dr. med. Gunther von Hagens in der Eishalle Greiz seine weltbekannte Ausstellung „Körperwelten“. Ursprünglich war die Ausstellung dort nur bis 27. September geplant. Die große Besucherzahl mit über 70.000 in Hagens Heimatstadt Greiz – damals hieß er noch Gunther Liebchen – führte zu einer Verlängerung bis 11. November.

Also ausgerechnet über den **Reformationstag** hinaus bis in den **Toten-Gedenkmonat November**. Da werden zu Recht kritische Fragen laut: Welches Menschenbild verbirgt sich hinter den reitenden, springenden, kopulierenden, schwangeren oder betenden präparierten Leichen? Ist der tote Mensch nur eine Sammlung austauschbarer Teile? Hagens selbst beschwört gerne die „Faszination des Echten“. Dabei sind seine Exponate zu 70 Prozent aus Plastik, oft ein wahlloses Mosaik verschiedener Körperteile zu einem Ganzen, das erst tot entstand. Wenn überhaupt, dann ist es eine second-hand-Faszination. Kann man über die Kunst von Plastinatoren staunen, die Leichen zerhacken und willkürlich verkleben? Von wegen eine „Auferstehung des befleischten Leibes“, von der Hagens gerne schwärmt. Er hält seinen um den Globus reisenden makabren Wanderzirkus für einen „Ort der Aufklärung und der inneren Einkehr, für einen Ort philosophischer und religiöser Selbsterkenntnis.“ Ganz schön vermessen. Genau das Gegenteil ist der Fall: der tote Mensch wird zum Ausstellungsobjekt, beliebig in Szene gesetzt, zum Sklaven des Events. Tote knien und reiten, obwohl sie das lebendig nie getan haben.

„*Welches Menschenbild verbirgt sich hinter den reitenden, springenden, kopulierenden, schwangeren oder betenden präparierten Leichen?*“

Renommierete Wissenschaftler – so im 2007 erschienenen Reader von Liselotte Hermes da Fonseca mit dem Titel „Verführerische Leichen-verbotener Verfall“ – kritisieren völlig zu Recht die „repressive Entsublimierung“ in der Ausstellung „Körperwelten“. In der Tat reduziert die zur Schaustellung von zentralen Funktionsbereichen wie Herz, Hand, Lunge des menschlichen Körpers den Leib auf seine rein biologische Funktion, Präparat und Krankheit. Genau das liegt im modernen Trend zur Entpersönlichung und Fallreduktion des Menschen.

Hagens macht es sich leicht, wenn er versichert: „Mein oberstes Ziel ist es, das Wissen medizinischer Eliten allen Menschen zugänglich zu machen. Jeder Mensch hat das Recht, sich so sehen zu dürfen, so detailliert, fragil und schön, wie es unter der Haut aussieht.“ Er wolle mit seiner „Körperwelt“ jedem verständlich zeigen, was jeder selbst tun könne, um seine Gesundheit und hohe Lebensqualität möglichst lange zu bewahren. Ein



solcher Satz des Leichen-Schaustellers klingt gerade in Coronazeiten besonders arrogant, narzisstisch und populistisch. Und vor allem besonders makaber. Letztlich ist „Körperwelten“ Leichenfledderei unter dem demagogischen Label Ratschläge für ein gutes und langes Leben.

Wer einmal das 2006 eröffnete „Plastinarium“ Hagens im brandenburgischen Guben besucht hat, der sieht mit eigenen Augen, wie kurios „Körperwelten“ sind. Es geht unter die Haut. Es ist weder Kunst noch Wissenschaft, was „Körperwelten“ symbolisieren will. Neben toten Menschen zersägen von Hagens und sein Team in seinem Plastinarium auch alles andere: Füße in High Heels, Bügeleisen, sogar Panzer. Wenn Leichen zu Plastinat mutiert sind, kommen sie ins Lager: Arme; Beine, Milz, Herz

– hängen an Fleischerhaken wie im Schlachthof. Die „Hessenschau“ der ARD zeigt im Internet ein Bild über dem Bett von Gunther von Hagen mit dem Plastinat eines Paares beim Geschlechtsverkehr. Sex

„Die Ausstellung ‚Körperwelten‘ ist ein eklatanter Verstoß gegen die Menschenwürde.“

post mortem – Sex nach dem Tode – welch dekadentes Niveau für einen einst an der Universität Jena studierten und promovierten Anatomie-Experten! Und für PR-Zwecke reisen Hagens oder dessen Sohn rund um den Globus mit Leichenteilen im Koffer zu Kongressen und Universitäten.

Tausende Besucher sind begeistert. Es hagelt aber auch heftige Kritik an Hagens. Der Spiegel erhob 2004 unter dem Titelblatt „Dr. Tod“ heftige Vorwürfe, Hagens würde für seine Exponate auch Leichen chinesischer Hinrichtungsoffer verwenden. Hagens hat dagegen eine Unterlassungsklage erwirkt. Hat er schon genug Leichen im Keller?

Auch juristisch gibt es fundierte Bedenken gegen „Körperwelten“. Mitte Dezember 2015 hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg entschieden, die Ausstellung „Körperwelten“ verstoße gegen die Vorschriften des dortigen Bestattungsgesetzes, wonach Plastinate unter den Begriff „Leichen“ zu fassen seien. Die Ausstellung – so das Gericht weiter – diene auch nicht, wie Hagen behauptet, wissenschaftlichen Zwecken. Das Bundesverwaltungsgericht hat diesen OVG-Beschluss bestätigt.

Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, dass der parteilose, aber von der CDU unterstützte Oberbürgermeister von Greiz, Alexander Schulze, sogar für eine Dauerausstellung in Greiz als Heimatstadt von Hagens plädiert. Die Stadt hat derzeit

wahrlich andere Sorgen als PR für Körperwelten. Oder wollen von Hagens bzw. sein Sohn später auch Corona-Opfer präsentieren?

Die Ausstellung „Körperwelten“ ist ein eklatanter Verstoß gegen die Menschenwürde. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg hat im Januar 2015 (AZ 61243/08) entschieden, dass die Menschenwürde über den Tod hinaus reiche und auch ein Leichnam respektvoll behandelt werden müsse. Es ging zwar bei diesem Prozess um illegale Entnahme von Leichenteilen, nicht um die „Körperwelten“.

Hier wurde aber ein Grundsatzurteil gefällt, das gerade für uns in der CDU enorme Bedeutung hat. Es zählt zum Alleinstellungsmerkmal von CDU/CSU, dass das christliche Menschenbild die Basis unseres Wertesystems bildet. Die geistesgeschichtliche Wurzel der Menschenwürde, die nach Artikel 1 des Grundgesetzes unantastbar ist, liegt im Christentum. Konkret in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Das ist unser Credo. Das christliche Menschenbild ist der Wesenskern christlich-demokratischer Politik. Es gibt keine christliche Politik, wohl aber Politik aus christlicher Verantwortung heraus. Die biblische Quelle ist hier vor allem die Bergpredigt. Zugegeben: Kaum ein anderer Begriff ist für viele so schwer greifbar, wie unser viel zitiertes Bekenntnis zum christlichen Menschenbild. Deswegen ist ein zeitgemäßes Grundsatzprogramm für die CDU so wichtig.

Wir haben in Deutschland noch ein zweites Alleinstellungsmerkmal: In keiner anderen Verfassung gibt es ein so klares Bekenntnis zur Menschenwürde wie in unserem Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Doch, was heißt „Würde“? Was heißt „Menschenwürde“? Würde findet ihre Letztbegründung in Gott, in seiner Erschaffung des Menschen, in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Menschenwürde ist ein Wert, der allen Menschen gleichermaßen zukommt. Auch nach dem Tod.



Marion Walsmann MdEP

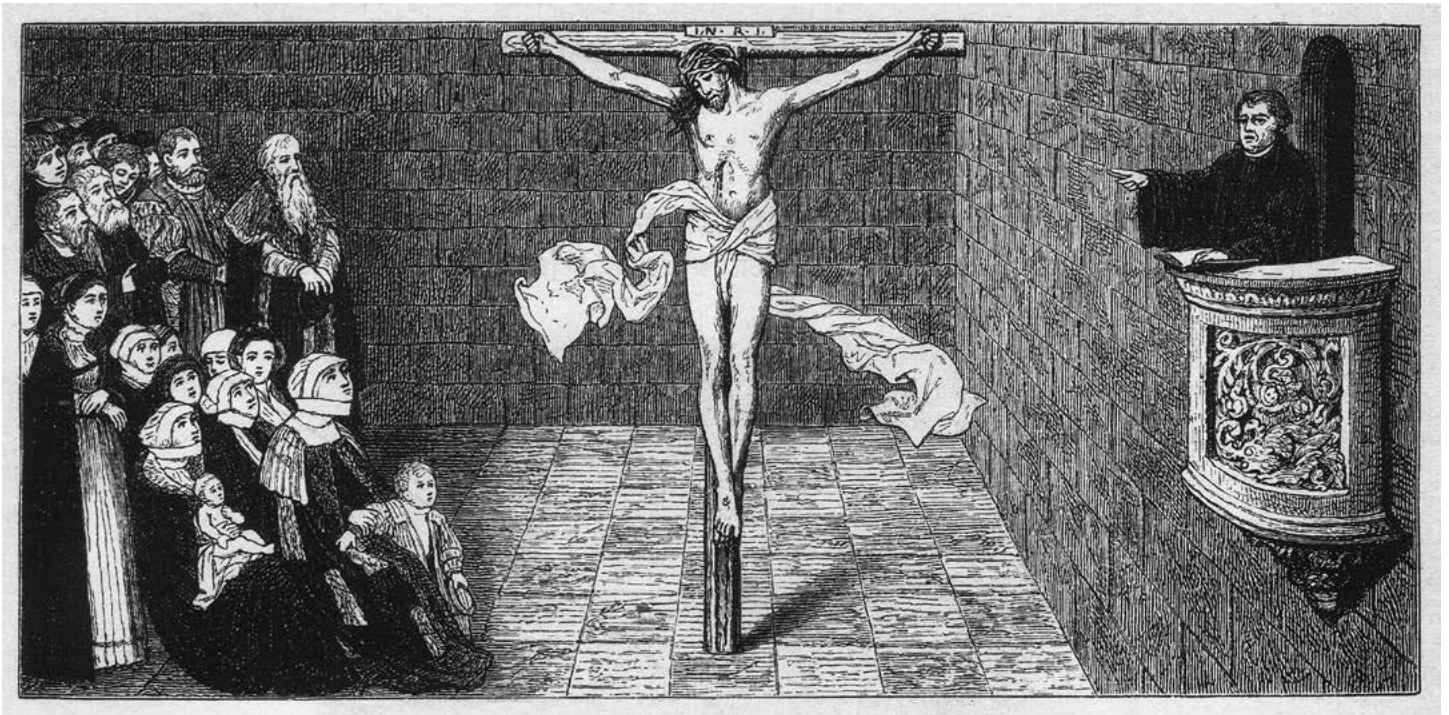
ist Mitglied des Europäischen Parlaments für die CDU Thüringen.

## Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite. Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.







# Das Erbe der Reformation – Essay in 10 Thesen

DDr. Erwin Schranz

**W**ar die Reformation ein einmaliger Akt, der nur religiös-kirchlich eine Rolle spielte und letztlich zur Erneuerung, aber auch zu Verwerfungen führte – oder sind dauerhafte Impulse von diesem historischen Ereignis vor 500 Jahren ausgegangen?

Die Reformation hat tatsächlich – beabsichtigt oder manchmal unbeabsichtigt – zahlreiche Anstöße gegeben, die Entwicklungen förderten, die bis heute nachwirken und noch weitergehen. Eine Bestandsaufnahme zeigt, dass mit der Reformation und der Bildung protestantischer Kirchen das Tor in die Moderne aufgetan wurde. Unumkehrbare gesellschaftspolitische Entwicklungen wurden eingeleitet und Gestaltungs-Prinzipien griffen Platz, die seit damals fortwirken und doch im Kern in der Reformation und dem darauffolgenden Prozess tief verwurzelt sind. Zehn Entwicklungslinien zeichnen sich als (Zwischen)-Ergebnis ab:

**1** Das reformatorische Prinzip **ecclesia semper reformanda** stellte den Absolutheitsanspruch der mittelalterlichen Kirche gleich einmal in Frage. Das Hinterfragen von lang entwickelten Glaubenssätzen und einer vertrauten kirchlichen Praxis und Tradition war eine Herausforderung zuerst an Rom. Dann entwickelte es sich zum Prinzip, das vor festgefühten Werten nicht Halt machte und sie gehörig ins Wanken brachte. Die Kirche in ihrer äußeren Gestalt kann sich nicht mehr als

unbestrittene Konstante sehen, als Fels in der Brandung, sondern als work in progress. Veränderungen sind immer notwendig und erwünscht. Das jeweilige Rückkoppeln zu Grundsätzen, das Anpassen an aktuelle Entwicklungen gehört fortan zum christlichen Daseinsprozess. Zeitgemäße Aussagen werden nicht als Verrat verstanden. Sie leiten notwendige Reformschritte, die neue Aspekte eröffnen vom kirchlichen Amtsverständnis bis zur Sexualmoral. Eine aktive Zivilgesellschaft entwickelt sich dabei; aber auch Verunsicherungen sind damit verbunden.

**2** Die **vier reformatorischen Soli** bleiben Prüfsteine und Orientierungshilfe.

Das „sola scriptura“ bedeutet eine Rückkoppelung an die Heilige Schrift, verbunden mit einem ständigen Update, einem intellektuellen Auslegungsprozess der Bibel. Mit der kritischen Biblexegese tun sich Evangelikale und Fundamentalisten schwer. Dieser Nachdenkenprozess und die laufende Synchronisation etwa mit den Naturwissenschaften bleiben auch gläubigen Menschen nicht erspart. Die Bibel und ihre Aussagen, Gleichnisse und Beispiele sind zeitgebunden und müssen immer wieder neu ins Moderne übersetzt werden.

„Sola fide“: der Mensch kann nicht mit dem Verstand allein alles begreifen. Die großen Rätsel der Menschheit verlangen nach einem Vertrauen in einen Schöpfergott, der nur mit dem Glauben erfasst werden kann. Den Glauben schenkt Gott, der

Mensch muss ihn annehmen. Zugleich lässt der Glaube uns auch die Grenzen unseres Wissens erkennen und spüren.

Durch das „sola gratia“ werden wir uns bewusst, dass wir nicht die absolute Krone der Schöpfung sind, sondern in vielerlei Abhängigkeiten leben (müssen). Wir werden also runter vom hohen Ross gezerrt, werden uns unserer Kleinheit und Verletzlichkeit bewusst und sind auf Gnade und Barmherzigkeit angewiesen. Dem Homo sapiens bekommen Faustische Allüren nicht gut. Ist er nicht letztlich auf Gedeih und Verderb auf die göttliche Gnade angewiesen? Aber er ist auch „gerechtfertigt vor Gott“ allein als menschliches Wesen. Daraus entsteht ein kindliches Urvertrauen in die göttliche Barmherzigkeit trotz aller menschlichen Fehlerhaftigkeit und Sünde. Der Christ kann auf eine höhere Gerechtigkeit zählen. Menschliche Allmachtsansprüche und -gelüste werden also gedämpft – wir stehen nicht über den Dingen, sondern sind Teil einer brüchigen Natur.

„Der Christ kann auf eine höhere Gerechtigkeit zählen. Menschliche Allmachtsansprüche und -gelüste werden gedämpft.“

Mit dem „solus Christus“ wird der zentrale, christliche Glaube schnörkellos verdeutlicht. Eine Erlösung vermögen nicht unsere bescheidenen

menschlichen Kräfte zu erreichen, sondern eine andere Macht hat dies bereits unter grausamen Umständen geschafft: Christus hat den Rettungsanker für unser individuelles Leben ausgeworfen, den es nur zu ergreifen gilt. Daraus ergibt sich das Bestreben, nach seinen Grundsätzen die Welt zu gestalten und seine Nachfolge anzutreten: ein ständiger Impetus und Impuls zum Guten, eine Aufforderung die Bergpredigt in den Alltag umzusetzen. Bescheidenheit und Einfachheit in allen Dingen sind ange-sagt.

3 Die Reformation startete mit einem Frontalangriff auf das Dogma, dass die mittelalterliche Kirche **die Wahrheit** gepachtet habe und ein Handel mit Sündennachlass betrieben werden könne. Käuflichkeit, vorerst in religiösen Dingen, wird per se strikt abgelehnt. Absolute Ansprüche in Ethik und Politik stehen nun auf wackeligen Beinen. Selbsternannte Moralapostel haben einen schweren Stand. Wer kann Fehlerhaftigkeit, Sündhaftigkeit und Verwerflichkeit hier auf Erden wirklich letztgültig beurteilen? Einseitige, vereinfachende Lösungen werden in Frage gestellt, eine weitere „über-menschliche“, aber zutiefst humane Dimension wird eröffnet und relativiert unsere Selbstgewissheit. Selbstzweifel sind immer und überall angebracht.

4 Hier kommt das **individuelle Gewissen** ins Spiel, von der Reformation geschärft zur Überprüfung unseres eigenen Tun und Handelns. Es gibt kein Sich-Verlassen auf Masse und Mehrheit, wenn mein Gewissen Bedenken anmeldet. Luther zeigt vor dem Reichstag zu Worms 1521 heftige innere Gewissensbisse vor Gott und der versammelten Welt. Soll ich, wenn es mir Vorteile bringt, um des lieben Friedens willen nachgeben, wenn ich selbst die Richtigkeit solchen Handelns anzweifle? Es gibt eine höhere Verantwortung, der ich mich verpflichtet fühle anstatt bequem menschlichen Regeln zu folgen. Luthers „Hier stehe ich und kann nicht anders“ als Aufruf zum zivilen Ungehorsam, wenn etwas gegen eine höhere Richtschnur geht, wenn Schöpfung und Natur gefährdet sind, wenn der Urquell, das Numinose unser aktuelles menschliches Handeln anzweifelt und in eine andere Richtung weist. Das bequeme Nachgeben, dem Herdentrieb zu folgen, das Durchtauchen gerät damit moralisch ins Wanken. Eine Schärfung des Gewissens bedeutet auch,

ideologischen Verführungen leichter widerstehen zu können, weil eine zusätzliche Prüf-Instanz eingeschaltet wird.

5 Die aus Luthers Schriften entwickelte **Zwei-Reiche-Lehre** gewinnt wieder an Aktualität. Hier geistlicher Auftrag, dort weltliche Umsetzung, sind ein geschichtlich zwar umstrittenes, aber bewährtes Modell, das in unseren Tagen umso aussagekräftiger wird, je stärker der Traum vom (islamischen) Gottesstaat in gewissen Kreisen wieder Faszination ausübt. Die Verquickung von Religion und Staat, immer wieder gescheitert mit schrecklichen Bruchlandungen, erscheint schon wieder auf der Weltbühne. Mit Fanatismus wird versucht, es in die Realität umzusetzen. Die westliche Verweltlichung dient als Schreckgespenst gegenüber dem Modell einer Welt voll gottgefälligen Lebens, das in allen Facetten und mit Betonung von Äußerlichkeiten (Kleidungs Vorschriften) vorexerziert wird. Gegen die unheilvolle geistlich-weltliche Vermengung und die Absolutsetzung religiöser Dogmen hilft nur die strikte Trennung von Kirche und Staat. Dieser Prozess ist unumkehrbar und zeigt in westlichen Demokratien seine unbestreitbaren Früchte in Form von Freiheit und Wohlstand. Beides, die Freiheit des Staates von der Kirche und die Freiheit der Kirche vom Staat haben sich als Ordnungsprinzip der westlichen Welt höchst bewährt. Das jeweils unabhängige, gegenseitige Einwirken und eventuell Korrigieren in Form von „checks & balances“ gehört heute zum modernen demokratischen Alltag – mit Vorteilen für beide Sphären.

6 Luther verwarf demonstrativ die **kirchliche Hierarchie**. Für das Papsttum fand er deftige Worte der Ablehnung („Anti-Christ“). Gleichzeitig lehnte er die religiöse Mittelrolle des Priesters, der nach altkirchlichem Dogma auf einer höheren Stufe im Vergleich zum Laien steht, ab und betonte das allgemeine Priestertum aller Gläubigen. Jeder Mensch steht unmittelbar vor Gott und kann ihn jederzeit persönlich anrufen, hat sozusagen einen barrierefreien Zugang zu Gott. Diese Auffassung verstärkte egalitäre Züge in der Gesellschaft und bildet die Grundlage für demokratische Strukturen. Jeder Mensch wird grundsätzlich als gleichberechtigt gesehen, unabhängig von seinem Stand oder Einkommen, seinem Herkommen oder seinem Geschlecht. Wieso sollen Frauen ihre Fähigkeiten nicht gleichermaßen in Kirche und Gesellschaft einbringen können? Die Zeit für Pfarrerrinnen war in der Reformationszeit noch nicht reif, aber ihre vollberechtigte Mitwirkung in der Gemeinde, jetzt auch in geistlichen Ämtern, war damit grundgelegt. Wenn der Blick nun kritisch nach oben in Richtung kirchliche Hierarchien gerichtet werden konnte, war es nicht mehr weit, auch weltliche Hierarchien genauer zu betrachten. Warum sollten nicht auch der Glanz und Pomp, das (willkürliche) Verhalten der Herrscher hinterfragt werden? Besonders die reformierte Tradition nach Calvin baute die Lehre vom Widerstandsrecht gegenüber despotischen Fürsten aus (Monarchomachen) und in der Praxis wurde des Öfteren Widerstand zur (religiösen) Pflicht.

7 Bereits Luthers Schrift „An die Ratsherren“ vom Jahre 1524 forderte eine Revolution im **Bildungswesen** ein: Die Städte und Märkte sollten sich um die Bildung der Jugend kümmern und öffentliche Schulen einrichten. Dies war auch notwendig aus zweierlei Überlegungen:

- a) Die Tradition der vorbildlichen Klosterschulen mit einem gewissen Bildungsmonopol kam ins Wanken und verschwand gebietsweise.
- b) Für das Verstehen-Können der Bibel, die alle nun selbst lesen durften und sollten, war eine elementare Bildung die notwen-



dige Voraussetzung. Tatsächlich wurde die Einrichtung von Schulen und die höhere Bildung rasant angekurbelt. Es entstand eine persönliche Verknüpfung zwischen Glaubenswissen und Bildung. Die darauffolgende europäische Bildungsexplosion war eine Erfolgsgeschichte bis in unsere Tage. Die theologische Ausbildung, Philosophie und Literatur erlebten einen Anfangsschub. Neben den Geisteswissenschaften profitierten aber auch die Naturwissenschaften.

Reformation und Aufklärung, die beide gebildete Menschen voraussetzen, können geistesgeschichtlich geradezu als Zwillingenpaar gesehen werden. Sogar die Zahl von Nobelpreisträgern ist bis heute in protestantisch geprägten Ländern signifikant höher als in anderen Weltregionen.

**8** Wie sieht es hinsichtlich **Arbeit und materiellem Erfolg** aus? Ist Max Webers These richtig, dass der Kapitalismus als Ergebnis reformatorischer Lehren calvinistischer Ausprägung verstanden werden kann?

Die Arbeit wird von Luther als „Beruf“ gesehen. Das bisherige Wort Berufung war zuvor eher geistlichen Tätigkeiten vorbehalten. In vielen Klöstern wurde das Leben der Kontemplation in Abgeschiedenheit gewidmet. „Weltflucht“ war nicht die Sache der Reformatoren. Luther versteht nun alle, die arbeiten, als von Gott zum Dienst berufen. Der weltliche Alltag soll bewältigt werden durch ein sinnerfülltes Tun. Das asketische Berufsethos wird allmählich abgelöst von einem Arbeit-Ethos, das sich bei Calvin zu einem Leistungs-Ethos als Fingerzeig Gottes für eine ewige Auserwähltheit des Tüchtigen steigert.

In seiner Schrift „Von Kaufhandlung und Wucher“ 1524 bekämpft Luther im Wirtschaftsleben nachdrücklich Monopole, Wucher und wirtschaftliche Auswüchse. Die Tatsache bleibt, dass Kapitalismus und Wohlstandsgesellschaften erstmals in protestantischen Ländern entwickelt wurden. Andererseits haben Karl Marx, aber auch Lenin (über seine Mutter) vermutlich protestantische Erziehungsimpulse empfangen: sie bekämpften den Kapitalismus vehement.

**9** Die Reformation betonte die Unmittelbarkeit des Menschen vor Gott, ohne kirchliche Mittler oder Heilige. Der einzelne Gläubige sollte vor Gott selber bestehen können. Diese Grundeinstellung förderte natürlich den Individualismus. Andererseits wurde seit der Reformation **die Gemeinde** als christlicher Sammlungspunkt, als Kirchengemeinde mit Gottesdienst, Musik und Gemeinschaftsleben betont. Alle Gläubigen handelten auf gleicher Ebene. Die autonome Gemeinde, das Priestertum aller Gläubigen hatte sich vor Ort zu bewähren. Eine Zersplitterung (in Denominationen) wegen religiöser Auffassungsunterschiede war damit aber dem Protestantismus inhärent und zeitigte dementsprechend Fehlentwicklungen. Aber auch notwendige Beziehungen der Gemeinden zu Nachbargemeinden in der Region und ein Kirchenaufbau von unten nach oben war mit diesem presbyterial-synodalen Prinzip verbunden. Es folgte eine (gleichberechtigte) Vernetzung untereinander und die Subsidiarität der einzelnen Gemeinden, die möglichst viel in ihrer örtlichen Gemeinschaft selbst erledigen wollten und auch konnten. Übergeordnete Strukturen wurden vergleichsweise schwach ausgeprägt.

**10** Die besondere Betonung einzelner religiöser Aspekte und damit die **Vielfältigkeit** protestantischer Glaubensauffassungen sind ein reformatorisches Erbe. So sehr religiöses Auseinanderdriften und eine kirchliche Zersplitterung beklagenswert waren, umso eher mussten die Gemeinden aus leidvoller Erfahrung lernen, dass Toleranz – übrigens eine Wortschöpfung Luthers in seinem Schreiben an den Regensburger Reichstag 1541 – in religiöser Hinsicht geübt werden muss (vor allem, wenn man sie auch für sich selbst beanspruchte). Dieses Prinzip der Toleranz – schon im Dreißigjährigen Krieg von allen Seiten mit Füßen getreten – setzte sich allmählich in der Gesellschaft trotz vieler Rückschläge und Widersprüche durch und ist inzwischen

ein soziales Leitprinzip, wenn es auch immer wieder neu eingefordert und in Richtung Anerkennung und Gleichberechtigung überwunden werden muss.

Aus der reformatorischen Erkenntnis und dem Paradoxon, dass jeder Mensch „Sünder und Gerechter“ vor Gott zugleich, ist leitet sich der Grundsatz her,

„*Aus der reformatorischen Erkenntnis leitet sich der Grundsatz her, dass der Mensch und die Gesellschaft nicht den Mitmenschen ethisch-moralisch letztgültig be- und verurteilen kann.*“

dass der Mensch und die Gesellschaft nicht den Mitmenschen ethisch-moralisch letztgültig be- und verurteilen kann. Zweifel sind immer angebracht. Die Widersprüche im menschlichen Leben sind nicht zu übersehen und letztlich zu akzeptieren. Daraus ergibt sich, dass es auf viele Fragen keine einfachen Antworten gibt. Vereinfachende Lösungen sind eher kritisch zu beäugen. Die gesellschaftliche Entwicklung soll bewusst mitgestaltet werden, dies muss aber mit kritischem Geist erfolgen und von Selbstreflexion begleitet sein.

So hat die Reformation deutlich sichtbare Wegspuren und Fußabdrücke in unserer Welt hinterlassen. Wie der Geist aus der Flasche, der nicht mehr einzufangen war, bahnte sie sich, manchmal diffus, ihren Weg, der nie in eine Richtung allein ging, sondern vielerlei Anstöße in allerlei Richtungen bewirkte. Unsere moderne Welt wäre ohne die Impulse der Reformation – beabsichtigt, manchmal auch unvorhergesehen – nicht vorstellbar. Sie hält die geistige Entwicklung weiterhin in Bewegung. Das reformatorische Samenkorn, das vor 500 Jahren ausgesät wurde, ist manchmal verdorrt, hat aber viel Frucht getragen, wo es auf guten Boden fiel.



*Erwin Schranz*

ist Dr.jur. et Dr.phil., Richter und Landtagspräsident a. D., Obmann des österreichischen Gustav-Adolf-Vereins.

# Zur Gründung der CDU – Anfragen und Missverständnisse

Dr. Ulrich Pohlmann und Benedikt Steinschulte

**75** Jahre CDU. In den letzten Wochen und Monaten haben Kommentatoren und Essayisten an die Gründung der CDU im Jahre 1945 in Bild-, Ton- und Zeitungsbeiträgen erinnert. Dabei haben sich vor allem die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Tageszeitung DIE WELT und der Deutschlandfunk mit der Berufung der Union auf das C und dessen heutige Relevanz für die Parteiarbeit auseinandergesetzt. Neben manch richtigen Denkanstößen und Fragen sind Behauptungen aufgestellt worden, die zum einen der Richtigstellung bedürfen, die andererseits aber auch Warnung an die CDU sind, ihre Grundsätze stärker und klarer denn je zu kommunizieren.

Zu den korrekturbedürftigen Behauptungen gehört, die Parteigründung sei keine Geburt des Jahres 1945 gewesen, sondern habe den Parlamentarismus seit je begleitet; es seien damals „die bürgerlichen Gemüter“ gewesen, die nach einer „überparteilichen Partei“ Sehnsucht gehabt hätten. Festzuhalten ist aber: Natürlich gab es schon vor 1945 mit dem „Zentrum“ eine Volkspartei (1870 gegründet), deren überwiegend katholische Mitglieder und Wähler aus allen Schichten der Bevölkerung kamen. Bereits vor und nach dem Ersten Weltkrieg hatten Zentrumspolitiker versucht, ihre Partei für evangelische Christen zu öffnen und wählbar zu machen.

Doch diese Versuche scheiterten, weil die konfessionellen Unterschiede zu stark waren. Das war bei der Gründung der CDU anders. Denn hier waren es Christen beider Konfessionen gewesen, die die Initiative zur Gründung einer Partei ergriffen, in der Mitglieder und Wähler beider Konfessionen ihr politisches Zuhause finden konnten. Hierbei ging es nicht um die Überwindung des Trennenden, sondern um die Zurückstellung der konfessionellen Unterschiede. Die Gründer waren dabei alles andere als „bürgerliche

**„Die Mehrheit der Unterzeichner kam aus dem Widerstand oder hatte auf andere Weise unter dem Nationalsozialismus gelitten.“**

Gemüter“, wie behauptet wird. Die Mehrheit der Unterzeichner kam aus dem Widerstand oder hatte auf andere Weise unter dem Nationalsozialismus gelitten. So war der erste Berliner CDU-Vorsitzende und Erstunterzeichner Andreas Hermes zum Tode verurteilt worden; andere waren im KZ, in Gestapo-Haft oder mussten sich monatelang vor der Gestapo verbergen.



Der Berliner Gründungsaufwurf von 1945



An der Behauptung, der Partei sei es wegen der „Breitenwirkung“, die sie habe erreichen wollen, nicht möglich gewesen, sich auf „ein klares Programm“ zu einigen, ist gleich zweierlei falsch. Denn die Gründer dachten nicht in erster Linie an eine möglichst große Erreichbarkeit. Ihnen ging es aufgrund der bitteren Erfahrung des Scheiterns der Weimarer Republik, aber auch des Erlebens der nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft darum, an die christlichen Überzeugungen der beiden Konfessionen

„Das Christliche Menschenbild ließ und lässt sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen wie etwa ein Parteiprogramm.“

anzuknüpfen und daraus eine neue Politik zu gestalten. So hieß es im Berliner Gründungsaufwurf vom 26. Juni 1945: „Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur entstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.“ Und die Unterzeichner der Kölner Leitsätze, die nahezu zeitgleich am 1. Juli 1945 nach entsprechenden Programmberatungen im Kloster Walberberg bei Köln verabschiedet wurden, mahnten „in dieser Stunde der Not... die ehrliche Besinnung auf die christlichen und abendländischen Lebenswerte“ an. „Ein politischer Systemwechsel genügt nicht“, hieß es in einem frühen Aufruf zur Gründung einer christlich-demokratischen Partei in Dortmund. Und weiter: „In der Besinnung auf die Werte des Christentums muss ein grundsätzlich neuer Anfang gemacht werden“. Oder in den Worten Konrad Adenauers: Es war nötig, „dass wir alle zusammenfinden mussten, um eine neue, auf ethischen Grundsätzen beruhende Partei zu schaffen.“ Natürlich dachten die Gründer auch an eine größere Breitenwirkung. Diese war aber kein Hindernis für die Erstellung eines „Programms“, das in den Kölner Leitsätzen vorgezeichnet war und dann beim Godesberger „Reichstreffen“ seinen ersten, später erweiterten Niederschlag fand. Insofern war die CDU von Anfang an sehr wohl eine Programmpartei. Der Kern dieses Programms fand sich in der christlichen Sozialethik, die auch das Grundgesetz entscheidend mitgeprägt hat. Das war bis in die 1960er Jahre auch der jüngeren Generation, die größtenteils noch kirchlich sozialisiert war, selbstverständlich, begann sich aber in der 1970er Jahren zu ändern, als die CDU die Kenntnis der christlichen Sozialethik bei Mitgliedern und Wählern nicht mehr voraussetzen konnte und nun vermehrt auch Nichtchristen Mitglieder der CDU wurden. Daher musste sie rund 30 Jahre nach der Gründung zum ersten Mal ihren Markenkern in einem Grundsatzprogramm zusammenfassen, das 1978 in Ludwigshafen beschlossen wurde.

Von einem falschen Verständnis zeugt auch die Behauptung, das ‚C‘ stehe für ein Menschenbild, auf das sich Protestanten wie Katholiken – und auch Nichtchristen – hätten „einigen“ können. Das Christliche Menschenbild ließ und lässt sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen wie etwa ein Parteiprogramm. Das Christliche Menschenbild ergibt sich aus den Heiligen Schriften und ist dadurch gebunden. Ihre wesentlichen Elemente sind die Würde des Menschen, die sich aus seiner Ebenbildlichkeit vor Gott ergeben; die Nächstenliebe, die zu solidarischem und friedlichem Handeln verpflichtet; und die Achtung der Zehn Gebote, die für das menschliche Zusammenleben Richtschnur und Orientierung sind. Aus all diesem ist die christliche Sozialethik erwachsen, die dann auch Parameter für das politische Handeln liefert. Dabei können auch Nichtchristen den Sozialprinzipien (Personalität, Solidarität, Gemeinwohl, Nachhaltigkeit) und politischen

Werten (z. B. Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung) zustimmen, die Christen aus ihrem Glauben und der entsprechenden Ethik ableiten.

Schließlich wird gesagt, das christliche Menschenbild sei „auch anderen Parteien“ nicht fremd. Richtig ist sicher, dass es auch in anderen Parteien Christen gibt, deren politische Überzeugungen sich mit dem christlichen Menschenbild decken. Doch fest steht: CDU und CSU sind die einzigen Parteien, die sich zur Begründung ihrer Politik auf das christliche Menschenbild berufen. Kein Parteiprogramm hat diesen Anspruch je aufgegeben. Das ist auch noch beim Grundsatzprogramm von Hannover 2007 so, und auch die Leitfragen zum aktuell diskutierten Grundsatzprogramm stellen das „C“ einleitend und prominent heraus. Das ist freilich eine starke Verpflichtung und ein hoher Anspruch, den einzulösen eine große Herausforderung bleibt. Dies umso mehr, als die Welt permanentem Wandel unterworfen zu sein scheint, die biblische Wahrheit ihm aber als Konstante oft entgegen steht. Die Berufung der Gründerväter und -mütter auf das christliche Menschenbild hatte gerade darin sein Motiv, als dass im Angesicht der zurückliegenden Nazi-Diktatur ein tragfähiges Fundament für die politische Arbeit benötigt wurde.

Von daher ist es abwegig zu behaupten, der damalige Bezug auf das Christentum sei „vollkommen unhinterfragt“ und letztlich eine „Anmaßung“ gewesen. Wer dies meint, begreift den historischen Grund der schnellen Selbstkonstituierung der CDU nicht, weil er die Geschichte vor und nach 1933 ausblendet. Die Gründer wollten keinen vollkommenen politischen Neuanfang „im Zeichen des Christentums“, sondern aus dem gemeinsamen christlichen Glauben und den daraus folgenden sozialetischen Prinzipien einen Beitrag zum Aufbau eines pluralistischen Staates leisten. Dies kam dann auch in den Präambeln der Landesverfassungen und in der Präambel des Grundgesetzes zum Ausdruck, in denen bewusst die Anrufung Gottes vorangestellt wurde. Mit der theologischen Formel sollte und soll die Verabsolutierung der Staatsgewalt zurückgewiesen, grundlegende Gerechtigkeitspostulate anerkannt und ein ethisches Fundament von absoluter

„CDU und CSU sind die einzigen Parteien, die sich zur Begründung ihrer Politik auf das christliche Menschenbild berufen. Kein Parteiprogramm hat diesen Anspruch je aufgegeben.“

Tragfähigkeit geschaffen werden. Auch dies war ja keine „Anmaßung“, sondern Ausdruck einer Letztbegründung des menschlichen und politischen Handelns. Wenn, wie im Kölner Programm, von der Würde des Menschen die Rede war, so steckte dahinter das christliche Gottes-

bild, das von der Ebenbildlichkeit des Menschen sprach und ihm damit einen hohen Wert zusprach. Diese Einsichten geben Zeugnis davon, dass an der Programmformulierung auch Theologen beider Konfessionen beteiligt waren.

Völlig abwegig ist die Behauptung, die Gründungsväter hätten kein Recht gehabt, sich auf das Christentum zu berufen, da dieses seit 1945 „schwer beschädigt“ und „moralisch und ethisch kontaminiert“ gewesen sei. Deshalb habe das Christentum als Bezugspunkt nicht getaugt. Wer solche Ansichten vertritt, unterscheidet nicht zwischen Kirche und Christentum, nicht zwischen der Religion und dem einzelnen Gläubigen, nicht zwischen kirchlicher Zugehörigkeit und praktiziertem Glauben. Es stimmt: Viele Kirchenmitglieder hatten sich von der nationalsozialistischen Ideologie mitreißen lassen und Hitler gewählt. Auf der anderen Seite gab es Christen, die aus ihrem Glauben heraus immer gegen die Nationalsozialisten gestimmt und gegen die Vereinnahmung

ihrer Religion durch den Staat gewettet hatten. Prominente Vertreter waren auf evangelischer Seite ab 1934 die Mitglieder der Bekennenden Kirche. Die katholischen Bischöfe hatten schon vor 1933 davor gewarnt, die Nationalsozialisten zu wählen; die Mehrheit der praktizierenden Katholiken folgten dieser Warnung, so dass die Zentrumsparterie auch 1933 noch ihre Wahlmandate in den katholischen Gebieten West- und Süddeutschlands gegen die Nazis verteidigen konnten. Doch unabhängig vom Verhalten vieler Kirchenmitglieder hatte das praktizierte Christentum mit seiner frohen Botschaft keinen Schaden genommen. Im Übrigen könnte sich eine unterstellte Beschädigung des Christentums nicht allein am Verhalten von Nazi-Deutschland entscheiden.

„Viele Menschen wünschen sich, dass dieses C weiterhin und sogar noch stärker den Kurs der CDU bestimmen soll.“

Natürlich wirft schwerwiegendes Fehlverhalten von Gläubigen immer auch einen Schatten auf die Religion, denen sie angehören. Nichtsdestotrotz bleibt das Christentum in seiner Botschaft unveränderlich,

und durch menschliches Fehlverhalten verliert es nichts an seiner Autorität. Der Gott des christlichen Glaubens steht über dem menschlichen Irrtum und Unvermögen, und er ist überzeitlich. Dieser Schöpfergott bleibt ein und derselbe: Nämlich der seine Geschöpfe liebende, ihnen gnädig gegenüberstehende und ihnen bei Reue vergebende Gott.

Damit beantwortet sich auch die Frage, ob und wie das C in einer Welt zu rechtfertigen sei, „in der die Zivilisationsbrüche der Shoah und des Gulags noch immer zum Heute gehörten“. Auch hier können wir nur sagen: Das Christentum vergeht nicht durch noch so schlechte Taten der Menschen. Weder die Shoah noch der Gulag haben etwas mit der Achtung der Menschenwürde und dem Gebot der Nächstenliebe gemein, die das Alte wie das Neue Testament als Grundtenor durchziehen. Und wo Unrecht und Verfehlungen passieren, bieten Reue, Buße und Vergebung Chancen für einen Neuanfang. Wer diese Gnadengaben nicht kennt, für den sind Brüche im Leben und in der Gesellschaft eine ewige Fessel. Aber: Nach christlichem Verständnis gilt allen Menschen „in ihrer Unvollkommenheit und Verstrickung in Schuld“ das Angebot der Vergebung Gottes in der Erlösungstat Christi am Kreuz. Und es ist der eine Gott ist und nicht der fehlbare Mensch, der „das Heilswerk am Ende der Zeit“ vollenden wird. Zum Eingeständnis von Schuld und Reue gehört vor allem die Wiedergutmachung. Im Hinblick auf die Schrecken der Shoah hat Deutschland Verantwortung gezeigt und Wiedergutmachung geleistet – in materieller wie moralischer Hinsicht. Es waren beherzte Männer wie Konrad Adenauer und David Ben Gurion, die den Grundstein für eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Israel legten.

Schon die Gründerväter hatten, wenn auch noch nicht konkret, die Verantwortung gegenüber dem Leid gesehen, welches

das Hitler-Regime anderen Ländern angetan hatte: Der Berliner Aufruf vom Juni 1945 sprach von „loyaler Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem verlorenen Krieg“ und mahnte für die Beziehungen zu anderen Völkern „die Geltung der gleichen Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit wie für unser persönliches und innerstaatliches Leben“ an. Und aus den Kölner Leitsätzen sprach ein ähnliches Denken, wenn von der Sehnsucht der Völker „nach einem ewigen Frieden“ die Rede war.

Wenn also heute die Frage nach der Rechtfertigung des C angesichts der Zivilisationsbrüche gestellt wird, so waren es gerade die genannten Grundeinstellungen der Gründungsmütter und -väter, die sich aus der Erkenntnis einer notwendigen Umkehr speiste, getragen von den „sittlichen und geistigen Kräften des Christentums“, wie es im Berliner Gründungsaufwurf hieß. Diese dem Christentum innewohnende Kraft hat nichts von ihrer Aktualität verloren. Sie bietet auch heute noch die Richtschnur für politisches Handeln, auch wenn es sicher schwieriger geworden ist, christliche Werte in einer immer säkularer werdenden Gesellschaft zu vermitteln. Doch viele Menschen, das zeigen auch jüngste Umfragen, wünschen sich, dass dieses C weiterhin und sogar noch stärker den Kurs der CDU bestimmen soll.

- 1 Jasper von Altenbockum, Die Volkspartei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.06.2020, Seite 1
- 2 Es waren, wie Forschungen von Brigitte Kaff zeigen, Zentrumspolitiker und christliche Gewerkschafter gewesen, die die Initiative ergriffen und Kontakt zu führenden Protestanten des politischen Lebens aufnahmen (Brigitte Kaff, Eine Volkspartei entsteht – Zirkel und Zentrum der Unionsgründung, zitiert in: Hans Maier, Die Union – eine Nova am Parteienhimmel, in: Hans Zehetmair (Hg.): Politik aus christlicher Verantwortung, Wiesbaden 2007, Seite 74)
- 3 ebenda
- 4 ebenda
- 5 Aufruf zur Gründung Berlin, 26. Juni 1945, in: „Ein freies Volk soll wieder erstehen“. Dokumente zur Gründung der CDU, zusammengestellt von Andreas Grau und Hans Jürgen Küsters, Köln ohne Datum, S. 11
- 6 Kölner Leitsätze, Juni 1945, in: „Ein freies Volk soll wieder erstehen“, a.a.O., Seite 20
- 7 Hans-Otto Kleinmann, Geschichte der CDU 1945 – 1982, Stuttgart (DVA) 1993, S. 17
- 8 ebenda
- 9 Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945 – 1953, Stuttgart (DVA) 1965, S. 51
- 10 von Altenbockum, a.a.O.
- 11 s. Günter Buchstab: 1945 – 1949, in: Winfried Becker u.a.: Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, Paderborn 2002, S. 54
- 12 von Altenbockum, a.a.O.
- 13 Thomas Schmid, Das C ist nur Selbstbetrug, Die Welt, 26.06.2020, S. 2
- 14 ebenda
- 15 ebenda
- 16 Jochen Borchert, Eine Stellungnahme zum C in der CDU, in: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, Die Frage nach dem „C“. Politik und Kirche zu Beginn des 21. Jahrhunderts, ohne Datum, S. 13
- 17 ebenda
- 18 Aufruf zur Gründung Berlin, a.a.O., S. 12
- 19 Kölner Leitsätze, a.a.O., S. 23
- 20 Swanhild Zacharias: Fast jeder Zweite vermisst das Christliche in der CDU, in: pro-medienmagazin, 17.07.2020. Danach vermissen 42 Prozent der Katholiken und 44,5 Prozent der Protestanten das Christliche in der Partei. Interessant in diesem Zusammenhang: Einer aktuellen Umfrage zufolge meinen immerhin noch 37 % der Deutschen, dass es nötig ist, an Gott zu glauben, um moralisch leben und gute Werte vertreten zu können (<https://www.pewresearch.org/global2020/07/20/the-global-god-divide>). Hierzu auch Andreas Püttmann: Warum man noch selbstbewusst Christ in Deutschland sein kann, in: <https://www.katholisch.de/artikel26744>



*Dr. Ulrich Pohlmann*

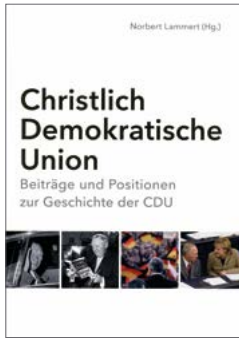
ist stellv. Ländervorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Berlin und Brandenburg und Mitglied der Grundsatzkommission des EAK der CDU/CSU.



*Benedikt Steinschulte*

war als Delegierter der Jungen Union und der CDU an der Erarbeitung des 1. Grundsatzprogramms 1977/1978 beteiligt und war später für verschiedene internationale Nachrichtenagenturen in Rom tätig.





Norbert Lammert (Hg.)  
**Christlich-Demokratische Union**  
**Beiträge und Positionen zur**  
**Geschichte der CDU**  
 Siedler Verlag 2020  
 ISBN 978-3827501387 (gebunden)  
 840 Seiten, 30,- EUR

Der 75. Geburtstag der CDU Deutschlands bot in diesem Jahr hinreichend Gelegenheit zu historischer Rückschau und kritischer Bestandsaufnahme des bisher Erreichten. Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat zum Jubiläumsjahr einen Beitrag beigesteuert, genauer gesagt eine Fülle von Beiträgen, zumeist aus der Feder von Historikern und Politikwissenschaftlern und in Form eines von Norbert Lammert herausgegebenen und mit stolzen 840 Seiten sehr üppig ausgefallenen Sammelbandes. Es findet sich in diesem Buch eine interessante Vielfalt von klassischen Perspektiven, Themen und Fragestellungen aus der 75-jährigen CDU-Geschichte, u.a. zu den CDU-Vorsitzenden und CDU-Generalsekretären, zur prägenden Ära des Parteivorsitzenden Helmut Kohl, zur CDU unter Angela Merkel, zur Sozialen Marktwirtschaft und Sozialpolitik, zur Europapolitik, zur Deutschen Einheit sowie zum nicht immer ganz konfliktfreien Verhältnis zur Schwesterpartei CSU. Darüber hinaus gibt es auch zwei Beiträge, die sich mit den „C“-Fragen beschäftigen: Zum einen der Aufsatz von Frank-Lothar Knoll, der auf durchaus instruktive Weise die historischen Entstehungslinien der „Christlichen Demokratie“ nachzeichnet und dabei auch kurz Fragen des interkonfessionellen Verhältnisses zwischen Protestanten und Katholiken in der CDU nach 1945 streift, ohne allerdings dieses wichtige und durchaus eigenständige Thema wirklich näher in den Blick zu nehmen. Zum anderen setzt sich der Historiker und katholische Theologe Antonius Liedhegener mit der grundlegenden „C“-Frage auseinander („Das ‚C‘ als ‚Himmelsanker‘ oder: Warum die CDU der Säkularisierung trotzt“). Auch hierbei handelt es sich weitestgehend um eine rein überblicksartige historische Analyse der bisherigen CDU-Parteiprogramme, inklusive einer „inhaltsanalytischen Auswertung auf der Basis einer halbautomatischen Kodierung“, die wohl den wenigsten der an „C“-Fragen interessierten Leserschaft ein prickelndes intellektuelles Erlebnis verschaffen dürfte. All das ist für eine solch zentrale Frage allerdings definitiv zu wenig und reichlich unbefriedigend: Denn unabhängig von rein historischen Kontextualisierungen und soziologischen Verortungen wird die eigentliche identitätsstiftende „C“-Dimension nirgendwo auf wirklich systematische und tiefgründigere Weise thematisch.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) findet immerhin beiläufig Erwähnung. Seine und die mit ihm unmittelbar verbundenen protestantischen Prägekräfte und Führungspersönlichkeiten seit den Zeiten von Hermann Ehlers werden im Hinblick auf ihre Bedeutsamkeit für die Einbindung und Gewinnung der protestantischen Bevölkerungsteile für die Politik der Union noch nicht einmal ansatzweise gewürdigt. Ohne diese erfolgreiche Einbindung seit den 1950er Jahren und ohne die Integrationsleistung der (übrigens bis heute) ganz anders tickenden und kulturell geprägten Protestanten wäre das Projekt dieser jungen interkonfessionellen Volkspartei wohl kaum realisierbar gewesen. Diese

für das Selbstverständnis der Partei so zentrale Perspektive des gemeinsamen Ringens und Zusammenwachsens der beiden so unterschiedlichen Konfessionen unter dem neuen gemeinsamen Dach bleibt somit unterbelichtet. Im gesamten Buch findet sich kein explizit evangelischer Beitrag, der die überwiegend katholisch dominierten Wahrnehmungsperspektiven ergänzen könnte.

Die KAS überlässt das Feld der Betrachtung fast ausschließlich den bisweilen etwas arg distanziert anmutenden Außenperspektiven der historischen, soziologischen und politikwissenschaftlichen Fakultäten. Kritisch würdigende Stimmen aus der universitären Theologie oder den beiden großen Kirchen sucht man vergebens. Stattdessen ist aber Raum und Platz für einen Aufsatz des Grünen und ehemaligen Vorstandes der Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, der süffisant deklariert: „Die CDU ist in Gefahr, zur Partei der alten Mitte zu werden, während die Grünen die neue Mitte repräsentieren (...)“. „Ein Bündnis zwischen alter und neuer Mitte wäre nicht die schlechteste Konstellation für die Bundesrepublik.“ – *Honi soit qui mal y pense!*

Enttäuschend ist also, trotz vieler interessanter Schlaglichter und mitunter hervorragender Beiträge (z. B. von Andreas Rödder, Karl-Rudolf Korte, Herfried Münkler und Andreas Wirsching), dass das eigentliche Innenleben und der besondere Geist christdemokratischen Politikverständnisses kaum eigens zum Thema gemacht werden. Hier rächt sich die akademisch gesehen doch recht einseitige Fakultätsauswahl. Auf die Möglichkeit der Schaffung von ergänzenden Zugängen und Einsichten durch profilierte christdemokratische Zeitzeugen wurde konsequent verzichtet (Peter Müller bietet hier die einzige kleine Ausnahme). Bei allen wertvollen Perspektiven fehlt am Ende das ergänzende Kolorit einer authentischen und zugleich selbstkritisch-reflektierten parteipolitischen Binnendarstellung. Sehr gelungen, belebend und ansprechend ist dafür, dass die unterschiedlichen Themenschwerpunkte mit farbigen Wahlplakaten aus der Geschichte der CDU illustriert worden sind.

Die Anordnung der einzelnen Beiträge folgt insgesamt keiner inhaltlichen Systematik, sondern orientiert sich an der alphabetischen Reihenfolge der Autoren. Der Lesegegnuss wird dadurch erschwert, dass man bei der Drucklegung an echten Fußnoten auf der jeweiligen Seite gespart hat. Die Anmerkungen und Quellenverweise müssen deshalb immer umständlich am Ende eines entsprechenden Beitrages aufgesucht werden. Das ist, angesichts des beträchtlichen Gesamtumfangs und der zumindest auch physischen Schwere des Buches, ungemein lästig und nervig.

*(Christian Meißner)*

Empfehlung ★★★



## *Verantwortung für unsere Mitgeschöpfe – Für den dringend notwendigen Umbau der Nutztierhaltung im Zeichen des Tierwohls*

Eine Resolution des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) zur Verbesserung des Tierwohls in Landwirtschaft und Ernährung.

*Der EAK-Bundesvorstand*

**D**er EAK spricht sich für den sofortigen Umbau der Nutztierhaltung aus und betrachtet diese Frage als eine dringliche Gemeinwohlaufgabe. Er unterstützt deshalb die diesbezüglichen Anstrengungen von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner zur Verbesserung der Situation der Nutztiere sowie die umfassenden Vorschläge des Kompetenznetzwerkes „Nutztierhaltung“, die unter dem Vorsitz des früheren Bundeslandwirtschaftsministers und EAK-Bundesvorsitzenden Jochen Borchert erarbeitet worden sind („Borchert-Kommission“). Die Realisierung der Konzeption eines staatlich geregelten Tierwohllabels sowie die Einrichtung einer ständigen Ethikkommission „Tierwohl“ werden ebenfalls empfohlen.

„Der Umbau der modernen Nutztierhaltung ist von großer politischer Dringlichkeit. Forderungen nach einer konsequenten

Umstellung im Zeichen des Tierwohles werden zurecht immer deutlicher erhoben. Die jüngsten Skandale in der Fleischindustrie haben uns hierfür erneut sensibilisiert. Die Frage, inwiefern wir das generelle Qualitätsniveau unserer Fleischproduktion sichern wollen, steht zur Debatte. Sie bewegt zunehmend viele bewusste Bürger, gerade angesichts der Nachfrage nach immer billigerem Fleisch und des auch für die Landwirte sowie die verarbeitende Industrie immer stärker werdenden Preisdrucks bzw. Unterbietungswettbewerbs. Soziale, hygienische, arbeitsrechtliche und nicht zuletzt ethische Fragestellungen sind in den Blick zu nehmen.

Aus evangelisch-theologischer Perspektive gilt zudem: „Mensch und Tier gehören im christlichen Verständnis als Geschöpfe Gottes zusammen. (...) Auch wenn von der unveräußerlichen Würde und dem uneingeschränkten Lebensrecht nur beim Menschen zu sprechen ist, darf ein Tier nicht ausschließlich



unter seinem wirtschaftlichen Verwertungszweck als Verfügungsmasse für menschlichen Konsum und Handel gesehen werden. Als Mitgeschöpfe haben Tiere ihre eigene Schönheit, Würde und Lebenssinn. Eine Revision des modernen, durch die Industrialisierung geprägten Verständnisses ist nicht nur im Kontext der Nutztierethik, sondern auch im Kontext der globalen ökologischen Krise unabweisbar.“<sup>1</sup>

Die wachsende öffentliche Kritik an der Art heutiger Nutztierhaltung in Deutschland führte in den letzten Jahren zu immer neuen gerichtlichen Entscheidungen und infolgedessen zu verstärkten ordnungsrechtlichen Auflagen für die Nutztierhaltung. Im Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zum sogenannten „Küken-Schreddern“ heißt es zum Beispiel klar und unmissverständlich: „Die Belange des Tierschutzes wiegen schwerer als das wirtschaftliche Interesse der Brutbetriebe“<sup>2</sup>. In anderen europäischen Ländern spielen demgegenüber ökologische und ethische Aspekte aber leider zumeist nur eine völlig untergeordnete Rolle.

Trotz der Kritik an der Tierhaltung geht das gewohnte, auf möglichst billige Angebote ausgerichtete Kaufverhalten der meisten Bundesbürger unvermindert weiter. Der Bürger fordert artgerechte Haltung und Tierwohl, der Konsument aber will vor allem billiges Fleisch. Die Universität Osnabrück hat dies in einer Umfrage sehr eindrucksvoll bewiesen: Vor dem Einkaufen wurden die Verbraucher befragt, ob sie bereit wären, für artgerecht produzierte Fleischprodukte mehr zu zahlen. Dies haben 80 % der Verbraucher bejaht. Die Auswertung der Einkaufszettel nach dem Einkauf ergab indes, dass weniger als 20 % auch tatsächlich die höherwertigen Produkte für höhere Preise gekauft hatten. Über 80 % haben also nur nach dem Preis eingekauft. In dieser sogenannten „Bürger-Konsumenten-Lücke“ zeigt sich eines der entscheidenden Probleme bei der Umsetzung der berechtigten Forderungen im Zeichen des notwendigen Tierwohls: Für dieses öffentliche Gut „Tierwohl“ (wie auch übrigens für andere vergleichbare öffentliche Güter) gibt es bislang leider kaum eine hinreichende Zahlungsbereitschaft.

Der EAK unterstützt deshalb die Anstrengungen von Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klöckner** zur Verbesserung der Situation der Nutztiere im Hinblick auf die Haltungsbedingungen. Er unterstreicht dabei die Notwendigkeit, dass sich Tierhalter, Verarbeiter und Verbraucher, und somit die gesamte Gesellschaft, an einer gemeinschaftlichen Anstrengung zur Verbesserung des Tierwohls beteiligen.

Das gestiegene Bewusstsein bei Verbrauchern für Änderungen in der Nutztierhaltung muss in der Debatte mit der Konsequenz verknüpft werden, dass die hierfür notwendigen Investitionen auch enorme finanzielle Herausforderungen bei den Tierhaltern und in der Verarbeitungskette beinhalten. Wer mehr Tierwohl will, muss deswegen Qualität statt ruinösen Billigpreiskampf fordern und fördern und auch bereit sein, einen angemessenen Preis zu bezahlen.

Nur dann ist ein angemessener Erlös für die Landwirte sicher zu stellen. Nur so kann es gelingen, unsere Vielfalt in den Strukturen und Betrieben zu erhalten und die Tierhaltung von unseren bäuerlichen Betrieben nicht auf ausländische industrielle Megabetriebe zu verlagern.

Wir begrüßen und unterstützen in diesem Zusammenhang die umfassenden Vorschläge des Kompetenznetzwerkes „Nutztierhaltung“ als Teil der „Nutztierstrategie“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums, die unter dem Vorsitz des früheren Bundeslandwirtschaftsministers und EAK-Bundesvorsitzenden **Jochen Borchert** erarbeitet worden sind („**Borchert-Kommission**“), einschließlich eines Beitrags über Steuern und Abgaben zur Bezuschussung der Investitionen in die Tierhaltung.

Denn die Produktion öffentlicher Güter ist nicht allein über den Markt zu erreichen. Es ist vielmehr Aufgabe des Staates sicherzustellen, dass ein solches öffentliches Gut umgesetzt wird, dass Tiere artgerecht gehalten werden und das Staatsziel „Tierschutz und Tierwohl“ erreicht und eingehalten wird. Von daher brauchen wir öffentliches Geld für öffentliche Güter. Nur so bleibt das Produkt „Tierwohlfleisch“ am Markt wettbewerbsfähig.

Die ethischen Aspekte der Tierhaltung werden von uns hoch bewertet – sowohl national als auf

EU-Ebene. Von daher unterstützt der EAK auch die Forderungen nach der Realisierung der schon unter dem ehemaligen Bundeslandwirtschaftsminister und stellvertretenden

EAK-Bundesvorsitzenden, **Christian Schmidt MdB**, entwickelten Konzeption eines staatlich geregelten Tierwohllabels. So kann den Verbrauchern eine möglichst schnelle und belastbare Kaufinformation über die Produktionsbedingung der Nahrungsmittel als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung gestellt werden.

Hierzu empfehlen wir zudem eine ständige Ethikkommission „Tierwohl“ beim Bundeslandwirtschaftsministerium, die sich mit Detailfragen der Tierhaltung aus ethischer Sicht jeweils neben den rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen beschäftigt. Des Weiteren ist eine gute Ernährungsbildung unter den Aspekten der Situation der Landwirtschaft, der persönlichen und faktischen Herausforderungen an Tierhaltung und natürlich gesunder Ernährung besonders bei Kindern und Jugendlichen weiterhin stark zu unterstützen.

Die Empfehlungen der „Borchert-Kommission“ wurden bereits am 11. Februar dieses Jahres der Bundeslandwirtschaftsministerin übergeben. In öffentlichen Briefen haben sich sodann die Wirtschaftsverbände und die Nichtregierungsorganisationen an die Fraktionen im Deutschen Bundestag gewandt. Diese wurden gebeten, die Bundesregierung aufzufordern, die Empfehlungen umzusetzen.

Mit dem Beschluss zum Entschließungsantrag der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD vom 3. Juli hat der Bundestag mit breiter Mehrheit den Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes zugestimmt und die Bundesregierung aufgefordert, die Empfehlungen umzusetzen und noch in dieser Legislaturperiode die ersten Schritte einzuleiten. Am 27. August hat schließlich auch die Agrarministerkonferenz des Bundes und der Länder in einer Sonderkonferenz ebenso einstimmig dafür gestimmt.

Bei dem Umbau der Nutztierhaltung handelt es sich um eine dringliche Gemeinwohlaufgabe des Staates zum Schutz von Tierwohl und Landwirtschaft. Nun zeichnet sich hierzu erstmals ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens ab, der bis vor kurzem noch kaum für möglich gehalten worden wäre. Auf der Basis dieses breiten Konsenses besteht nun die einmalige Chance, dies alles auch zielführend umzusetzen.

Wenn wir die Nutztierhaltung wirklich umstellen wollen, müssen wir jetzt die dafür notwendigen politischen Entscheidungen treffen und auch konsequent die entsprechenden Schritte gehen.“

1 „Nutztier und Mitgeschöpf! – Tierwohl, Ernährungsethik und Nachhaltigkeit aus evangelischer Sicht“ (EKD-Texte 133), 2019, S. 125.

2 S. Pressemitteilung Nr. 47/2019 des BVerwG vom 13.06.2019. Dort heißt es: „Das wirtschaftliche Interesse an speziell auf eine hohe Legeleistung gezüchteten Hennen ist für sich genommen kein vernünftiger Grund i.S.v. § 1 Satz 2 des Tierschutzgesetzes (TierschG) für das Töten der männlichen Küken aus diesen Zuchtlinien. (...) Im Lichte des im Jahr 2002 in das Grundgesetz aufgenommenen Staatsziels Tierschutz beruht das Töten der männlichen Küken für sich betrachtet nach heutigen Wertvorstellungen nicht mehr auf einem vernünftigen Grund. Die Belange des Tierschutzes wiegen schwerer als das wirtschaftliche Interesse der Brutbetriebe, aus Zuchtlinien mit hoher Legeleistung nur weibliche Küken zu erhalten.“

# *EKM-Landesbischof Kramer trifft sich mit EAK in Thüringen und Sachsen-Anhalt*

**A**m Mittwoch, dem 23. September 2020, hatte Landesbischof Kramer die Landesvorstände der Evangelischen Arbeitskreise (EAK) der CDU aus Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Gespräch in den Spiegelsaal in der Hegelstraße 1 nach Magdeburg eingeladen. Es war das erste Gespräch dieser Art nach seiner Amtseinführung.

Schwerpunkte waren Informationen aus der Landeskirche und den Arbeitskreisen, Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise für den Verkündigungsdienst, die Kirche als Moderatorin in gesellschaftlichen Debatten und christliche Schulen in freier Trägerschaft.

Landesbischof Kramer berichtete über wichtige Entwicklungen in der Landeskirche: Die Stellenplanung, die Personalentwicklung, die den Bedürfnissen der Gemeinden vor Ort möglichst gut entsprechen muss sowie mögliche strukturelle Veränderungen in der Kirche aufgrund weiter rückläufiger Mitgliederzahlen.

Die Corona-Krise war und ist auch für die Kirche eine große Herausforderung. Es wurde sehr schnell ein Krisenstab gebildet, der die notwendigen Handlungsanleitungen für die EKM und ihre Gliederungen erarbeitete. Die Länder hatten der EKM diesbezüglich großes Vertrauen entgegengebracht und damit diese auch in die Verantwortung genommen. Kirchliches Leben fand weiterhin statt. Die frohe Botschaft wurde weiterhin verkündet. Die Rechte der Kirchen wurden staatlicherseits nicht eingeschränkt, eingeschränkt wurde das Versammlungsrecht. Freilich hat die Kirche die Sakramentsverwaltung selbst untersagt, denn sie wäre in der Pandemie keine „rechte Verwaltung“ gewesen. Die Kirche hat die Leute nicht „alleine sterben lassen“. Natürlich hat das Zusammenwirken mit Heimen und anderen Einrichtungen dort am besten funktioniert, wo es schon lange eine gute Zusammenarbeit gab. Die Übertragung von Gottesdiensten in den neuen Medien wie z.B. Youtube war örtlich oft ein „Quotenrenner“, an den angeknüpft werden sollte. Neue Formen der Verkündigung wurden entwickelt.

Freilich hat die Corona-Krise auch wieder gezeigt, dass viele Menschen sich von der kirchlichen Botschaft ansprechen lassen, sie sich aber nicht an die Kirche binden lassen wollen. Die Folge ist ein bedrohlicher Mitgliederschwund. Aus dem EAK wurde darauf hingewiesen, dass die Kirchen vielleicht doch über eine Art „gestufter Mitgliedschaft“ nachdenken sollten, denn das deutsche Kirchenmitgliedschaftsmodell ist weltweit durchaus nicht üblich. Die Kirche will in Erprobungsräumen neue Formen des Engagements erforschen. Bischof Kramer wird einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Erwachsenentaufe legen. EAK-Mitglieder bekräftigten die Bedeutung der Arbeit der einzelnen Kirchenmitglieder vor Ort. Hier wird Graswurzelarbeit geleistet, die das Hauptamt nicht leisten kann. Die kirchlichen Strukturen müssen weiter so umgebaut werden, dass die Seelsorger genügend Zeit für die Seelsorge haben, und die notwendige Verwaltungsarbeit möglichst übergemeindlich, z.B. in den kirchlichen Verwaltungssämtern, professionell konzentriert wird. Bischof Kramer sagte, dass die EKM diesen Weg weiter konsequent gehen wird.

Die Schulen in freier Trägerschaft sind ein wichtiger Bestandteil des Schulwesens. Christlichen Trägern ist es in ausgezeichneter Weise möglich, Verantwortung für die Bildung und Erziehung



v.l.n.r.: Goebel, Neubert, Kramer, Scharf

von Kindern zu übernehmen. Diese Schulen werden in der Regel gut angenommen. Sie sind vielerorts eine hervorragende Möglichkeit zu zeigen, welche praktische Wirkungen ein Engagement aus christlichem Glauben heraus haben kann. Viele Kinder und Jugendliche werden über diese Arbeit überhaupt erst über den christlichen Glauben informiert. Die Arbeit dieser Schulen und die Arbeit engagierter Kirchengemeinden strahlen weit in die Gesellschaft hinein. So werden z.B. Kinderkathedraltage sehr gut angenommen. Vertreter der EKM baten den EAK sich weiterhin für eine sichere Finanzierung der freien Schulen einzusetzen. Zwar sichern die Rechtsnormen der Länder den Schulträgern grundsätzlich einen Ausgleich der Aufwendungen zu. Die gegenwärtigen Schulgesetze entsprechen bzgl. der Finanzhilfe an diese Schulen jedoch nicht immer den Notwendigkeiten.

Bischof Kramer und die Vorstände der REAK vereinbarten, künftig jährlich zu einem solchen Gedankenaustausch zusammenzukommen. Das nächste Treffen wird in Thüringen stattfinden.

(Jürgen Scharf)

## **Teilnehmer am Gespräch:**

**EKM:** Landesbischof Kramer, OKR Christhard Wagner, OKR Albrecht Steinhäuser

**EAK Thüringen:** Dr. Detlef Baer, Dr. Ulrich Born, Prof. Dr. Jens Goebel (Vors.), Dr. Karl-Eckhard Hahn, KR Christian Klein, Dr. Thomas Knoll, Hildigund Neubert,

**EAK Sachsen-Anhalt:** Dr. med. Wolf-Rainer Krause, Karl-Martin Kuntze, Prof. Wolfgang Merbach, Pfarrer i.R. Bernhard Ritter, Christina Schneppe, Jürgen Scharf (Vors.), Stephen Gerhard Stehli, Klaus-Dieter Theise



# Weihnachten 2020



*„Auch wer zur Nacht geweinet,  
der stimme froh mit ein.  
Der Morgenstern bescheinet  
auch deine Angst und Pein“*

*(Jochen Klepper)*

Es gibt sie, die heilvollen Zeichen in unserem Leben: Auch in Zeiten von Corona leuchtet uns das ewige und unvergängliche Licht des göttlichen Morgensterns. Weihnachten ist keineswegs abgesagt! Ganz im Gegenteil: Die wahre Weihnacht bescheinet auch diese, unsere gegenwärtige Angst und Pein.

Vielleicht müssen wir an diesem Weihnachtsfest noch ein wenig stiller werden, noch ein wenig andächtiger lauschen und noch etwas demütiger und inbrünstiger beten als in all den vielen Weihnachten unseres Lebens zuvor, in denen wir uns doch so oft mit sorgloser und unbedachter Selbstverständlichkeit dem Wunder dieses Festes hingeben und öffnen konnten.

Womöglich werden wir in diesem besonderen Jahr wieder neu erkennen oder vielleicht sogar zum allerersten Mal überhaupt wirklich begreifen, was wir immer wieder so konsequent verdrängt haben: Dass der Stern Gottes uns nämlich gerade auch in den Zeiten unserer schwersten Entbehrungen und härtesten Anfechtungen, in den Momenten der Angst, Verzweiflung und Trauer, kurzum in all der Nacht in uns selbst und um uns herum, dennoch zielsicher auf dem Wege hält. Hin zum Stall, hin zur Krippe leitet uns das göttliche Licht, damit wir nun abermals, vielleicht tiefer als je zuvor spüren: Der „Stern der Gotteshuld“, er führt uns sicher durch alles Dunkel und wandert mit uns allen mit!

**Pastor Christian Meißner,**  
EAK-Bundesgeschäftsführer

## Impressum

### Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis  
der CDU/CSU

### Herausgeber

Thomas Rachel, Dieter Hackler,  
Norbert Kartmann, Sabine Kurtz,  
Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

### Redaktion

Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Nicole Völker  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de

### Spenden-Konto

Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
KontoNr. 266 098 300  
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00  
BIC: COBADEFFXXX

### Autoren

PSt Thomas Rachel MdB  
Marion Walsmann MdB  
DDr. Erwin Schranz  
Dr. Ulrich Pohlmann  
Benedikt Steinschulte  
Christian Meißner  
Jürgen Scharf

**Druck** DAS DRUCKTEAM BERLIN

### Fotonachweis

Titelbild: © Walsmann MdB  
S. 2: © Tobias Koch  
S. 3: © Walsmann MdB  
S. 5: istock © ZU\_09  
S. 8: © Meißner  
S. 12: © Meißner  
S. 14: © Jürgen Scharf  
S. 15: istock © borchee

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise –  
nur mit Genehmigung der Redaktion und  
mit Quellenangabe gestattet. Ein Beleg-  
exemplar wird erbeten. Namentlich gekenn-  
zeichnete Beiträge stellen die Meinung  
des Verfassers dar, nicht unbedingt die  
der Redaktion oder der Herausgeber.  
Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer  
facebook-Seite!



# Spende

*Bitte helfen Sie uns!*

Der EAK setzt sich nun schon seit fast sieben Jahrzehnten dafür ein, die evangelische Stimme in Politik und Gesellschaft nicht verstummen zu lassen.

Wir werden all unsere politischen Ziele auch in Zukunft nur dann durchsetzen können, wenn auch Sie uns dabei weiterhin tatkräftig unterstützen, und wenn wir gemeinsam beherzigen, wo wir stehen und gewiss und freudig bekennen, von wo wir herkommen. Ihre Güte und Großzügigkeit, mit der Sie uns in den vergangenen Monaten erneut unterstützt haben, und auf die wir auch weiterhin hoffen, möge Gott vielfältig segnen.

Mögen Sie, Ihre Familien und Ihre Lieben in dieser Weihnachtszeit Kraft und Hoffnung, Friede und Freude erfahren von dem, der da ist und der da war und der da kommen wird.

*Ihre Spende können Sie im Rahmen der einschlägigen steuergesetzlichen Vorschriften steuermindernd geltend machen.*

## SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		BIC	
EAK der CDU / CSU			
IBAN			
DE79100400000266098300			
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)		Betrag: Euro, Cent	
C O B A D E F F X X X			
Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers			
Spende fuer den EAK			
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)			
Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)			
IBAN			08
D E			
Datum	Unterschrift(en)		

## Beleg für Kontoinhaber

IBAN des Kontoinhabers
Kontoinhaber
Zahlungsempfänger Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Verwendungszweck Spende fuer den EAK
Datum
Betrag: Euro, Cent